



ADK-Sitzung vorzeitig beendet - keine Tarifübernahme!

Die Verhandlungen hinsichtlich der Übernahme des Tarifergebnisses im öffentlichen Dienst sind in der letzten Sitzung der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission (ADK) am 10. Oktober vorerst gescheitert.

Die Arbeitnehmerseite hatte die wertgleiche Übernahme des im April 2011 für die Beschäftigten im Bereich des öffentlichen Dienstes in Kraft getretenen Tarifergebnisses gefordert. Als Kompensation für die verspätete Übernahme wurde beantragt, die im Tarifabschluss enthaltene Einmalzahlung (Ausgleich für die Monate Januar bis März) in Höhe von 360,- Euro um 30,- Euro auf insgesamt 390,- Euro zu erhöhen, um damit auch den Zinsverlust aufseiten der Mitarbeitenden für die verspätete Übernahme des Tarifergebnisses auszugleichen. Auf diese Weise wäre eine tatsächliche wertgleiche Übernahme ermöglicht worden.

Die Arbeitgeberseite bestand jedoch auf den eingebrachten Antrag ohne Erhöhung der ursprünglich vorgeschlagenen Sonderzahlung und somit auch ohne Kompensation des seit April gegenwärtigen Zinsverlustes, und dies selbst dann noch, als der vom MVV eingebrachte Antrag auf Rücknahme der Kürzung der Jahressonderzahlung gesondert weiter verhandelt werden sollte.

Nachdem die Arbeitgeberseite daraufhin gegen den Antrag der Arbeitnehmervertreter stimmte, verließen diese vorzeitig die Sitzung.

Das Ergebnis der Verhandlungen ist ernüchternd: Bei gegenwärtigen Haushaltsüberschüssen in Höhe von etwa 25 Millionen Euro plus zusätzlichen erheblichen Zinsgewinnen sind die Arbeitgeber nicht bereit, den Beschäftigten mit einer Erhöhung der Sonderzahlung um „lediglich“ 30,- Euro eine – wenn schon verspätete aber dann wenigstens wertgleiche – Tarifübernahme zu ermöglichen. Trotz Anbindung an die Regelungen des öffentlichen Dienstes werden Tarifergebnisse nie zeitgleich umgesetzt, was zu einer erheblichen Schlechterstellung der Beschäftigten im kirchlichen Bereich führt. Die Tatsache, dass die Verhandlungen in der ADK zunehmend darauf gerichtet sind, mehrere strittige Verhandlungspunkte im Rahmen einer „Paketlösung“ zu beschließen und eine Einigung von einer anderen abhängig zu machen, führt außerdem dazu, dass ein Verhandeln auf Augenhöhe zwischen Dienstgebern und Dienstnehmern immer weniger gegeben ist. Vielmehr werden Entscheidungen hinausgezögert und mit sachfremden Bedingungen verbunden, was nicht weiter hinnehmbar ist.

Durch derartige Vorgehensweisen stellt sich einmal mehr die Frage, ob der Dritte Weg noch zukunftsfähig ist. Es kann nicht sein, dass Entscheidungen in der ADK einseitig vorgegeben ein Verhandeln um Kompromisse unter gleichberechtigten Partnern dadurch unmöglich werden.

Die Beschäftigten erwarten nach mehr als einem halben Jahr Verzögerung eine zeitnahe und vor allem wertgleiche Übernahme der im öffentlichen Dienst ausgehandelten Bedingungen, nicht mehr - aber eben auch nicht weniger.

Hannover, den 10.10.2011
Ansgar Schlei